

Chancen für eine wirtschaftliche Erholung

Von Johann Eekhoff

Die vorgezogene Neuwahl des Bundestages wird neue Kräfte für eine wirtschaftliche Erholung freisetzen. Die aufgetürmten Probleme der Arbeitslosigkeit, der öffentlichen Schulden sowie der impliziten Schulden und der Unsicherheit in den Sozialsystemen sind aber nicht allein mit neuer Zuversicht und mit geringfügigen Modifikationen der gegenwärtigen Politik zu überwinden. Jetzt kommt es darauf an, erreichte Verbesserungen wie beispielsweise die Senkung der Einkommensteuersätze und das Zusammenlegen von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu sichern, aber vor allem die Voraussetzungen für einen nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit zu schaffen. Die Herkulesaufgabe besteht weniger darin, die staatlichen Aktivitäten auszuweiten, als vielmehr die privaten Kräfte und marktwirtschaftlichen Prozesse zu nutzen – nicht zuletzt im Interesse der sozial Schwachen.

Arbeitsmarkt bleibt im Zentrum jeder Reform

Der Schlüssel für die wirtschaftliche und soziale Erneuerung liegt auf dem Arbeitsmarkt. Hier hat die jetzige Regierung zu Recht versucht, mit dem Hartz-Konzept grundlegende Reformen in Gang zu setzen. Aber die gewählten Maßnahmen sind nicht konsistent, und vielfach verschärften sie sogar die Probleme der Arbeitslosigkeit und der Verschuldung. Ein Umsteuern ist dringend erforderlich.

Statt den Arbeitslosen unproduktive Arbeitsgelegenheiten bei Wohlfahrtseinrichtungen anzubieten, muss es ihnen erlaubt werden, in normalen Betrieben unbefristet zu arbeiten und zwar zu Entgelten, die von den Betrieben erwirtschaftet werden können. Erst dann stellt sich die Frage, ob ergänzende Hilfen notwendig sind. Statt die Entgelte für Ein-Euro-Jobs von den Arbeitsagenturen – also letztlich vom Steuerzahler – bezahlen zu lassen, müssen die Arbeitgeber das Arbeitsentgelt entrichten. Die Zusatzbeträge in Höhe von durchschnittlich 250 Euro, die den Anbietern von Arbeitsgelegenheiten für jeden "betreuten" Arbeitnehmer gezahlt werden, sind ersatzlos zu streichen.

Nur auf diesem Wege kann die entwürdigende Ausgrenzung der Arbeitslosen aus dem normalen Berufsleben beendet werden. Auch die Geringqualifizierten müssen eine Chance erhalten, am Arbeitsleben teilzunehmen und ihren Lebensunterhalt überwiegend aus eigener Kraft zu bestreiten. Die staatlichen Aufwendungen steigen nicht mehr unkontrolliert an, sondern sie werden verringert. Die übrigen Arbeitnehmer werden von Teilen der Lohnzusatzkosten entlastet, so dass generell die Beschäftigungschancen steigen. Es gilt das Vorurteil zu überwinden, dass ein Arbeitsloser, der eine Beschäftigung aufnimmt, einen anderen Beschäftigten verdrängt. Richtig ist, dass jeder, der für seine Arbeit nicht mehr erhält als den dafür am Markt erzielbaren Erlös, die übrigen Bürger nicht schädigt, sondern einen positiven Beitrag leistet. Wer mehr einbringt als er erhält, entlastet die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft. Er erfüllt das richtig definierte Zusätzlichkeitskriterium.

Die Arbeitslosen und insbesondere die Geringqualifizierten wieder in eine Beschäftigung zu bringen, wird mehrere Jahre dauern, aber die Voraussetzungen müssen schnell geschaffen werden. Dazu sind viele ergänzende Änderungen erforderlich wie beispielsweise erleichterte Vereinbarungen zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern auf der betrieblichen Ebene und vor allem unmittelbar zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, frei zu vereinbarende Kündigungsschutz- und Abfindungsregelungen für Arbeitslose, das Zurückschneiden von Arbeitsmarktprogrammen, die vornehmlich darauf abzielen, Arbeitslose zeitweilig aus der Arbeitslosenstatistik herauszuholen. Wer die sozialen Probleme der Arbeitslosen wirklich ernst nimmt, wird den Streit mit Interessenvertretern aufnehmen müssen. Wer freiwillig einen Arbeitsvertrag schließt möchte, darf daran nicht gehindert werden.

Energie- und Finanzpolitik weiter mit dringendem Korrekturbedarf

Dringend korrekturbedürftig ist die Energiepolitik, wenn Deutschland nicht dauerhaft ein Standort mit den höchsten Energiepreisen bleiben will. Solange die erneuerbaren Energien nicht wirtschaftlich sind, ist es sinnvoll, die Forschung weiter zu betreiben und Referenzanlagen zu bauen, aber nicht flächendeckende Windmühlenparks und Solarzellendächer mit

Milliardenbeträgen zu subventionieren. Die Umweltschutzziele können wesentlich wirksamer und wirtschaftlicher erreicht werden, wenn Abgaben auf die umweltbelastende Energieerzeugung erhoben werden statt die weniger schädlichen Verfahren zu subventionieren. Dann lassen sich nicht nur unkontrollierte öffentliche Ausgaben vermeiden, verursachungsgerechte Steuern entlasten die öffentlichen Haushalte.

Die Haushaltsrisiken allein in diesem Jahr scheinen nicht kalkulierbar zu sein. Daran wird erkennbar, wie wichtig eine mittelfristige Strategie zur Eindämmung der Verschuldung ist. Der Hauptansatzpunkt liegt auf der Ausgabenseite, und zwar bei den Subventionen. Das rigorose Durchforsten darf nicht bei der Eigenheimzulage stehen bleiben, sondern muss sich systematisch auf alle Ressorts und Aufgabenbereiche erstrecken. Es könnte hilfreich sein, sich ein klares Ziel zu setzen, z. B. den stufenweisen Abbau von Subventionen im Umfang in Höhe von 20 Mrd. Euro. Dabei darf es keine Tabus geben, weder bei der Kohle und der sonstigen Energieerzeugung, noch bei der Landwirtschaft, der Steuerbefreiung von Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen, der Entfernungs-pauschale, den erwähnten Arbeitsmarktprogrammen und den vielfältigen Maßnahmen zum Aufbau Ost.

Sozialversicherungen: Was getan werden muss

Nahezu unüberwindbar erscheinen die Probleme in den Sozialversicherungen. Der Ausweg über eine Verlagerung von Kosten auf künftige Generationen ist versperrt, denn die Zukunft hat uns bereits eingeholt. Wenn nicht schnell gehandelt wird, werden die Belastungen in wenigen Jahren so stark steigen, dass der Arbeitsmarkt erdrückt wird. Das trifft die bereits

lebende junge Generation. In der gesetzlichen Rentenversicherung ist nach langem Zögern ein Korrekturfaktor eingebaut worden, der den wachsenden Anteil der Rentner berücksichtigt. Trotzdem sind weitere Korrekturen erforderlich, vor allem beim Rentenzugangsalter und der Berücksichtigung von Kindern.

Die größte Dynamik liegt in der gesetzlichen Krankenversicherung und der gesetzlichen Pflegeversicherung. In der erst vor zehn Jahren eingeführten Pflegeversicherung ist es heute noch möglich, das von der Demografie bedrohte Umlageverfahren auf ein kapitalgedecktes Verfahren umzustellen. Sehr viel schwieriger ist es, die sich abzeichnenden Beitragssatzsteigerungen in der gesetzlichen Krankenversicherung in den Griff zu bekommen. Statt nur noch mehr Menschen in dieses System hineinzuzwingen, müssen die Voraussetzungen für mehr Wettbewerb und eine verlässliche Basisabsicherung geschaffen werden. Es ist nicht nachvollziehbar, warum auf eine Senkung der Beitragssätze unter 14 Prozent gedrängt wird, statt eine leichte Erhöhung vorzusehen und damit die Schulden abzubauen sowie Rückstellungen zu bilden. Die Gesundheitspauschale ist nur ein Schritt in die richtige Richtung, mit der die Umverteilungsaufgabe aus der gesetzlichen Krankenversicherung herausgelöst wird. Der weitergehende Schritt besteht darin, Altersrückstellungen zu bilden, also Kapital aufzubauen, um die künftigen Generationen vor Beitragssätzen von deutlich über 20 Prozent allein in der Krankenversicherung zu bewahren.

7352 Zeichen

Dieser Ordnungspolitische Kommentar reflektiert die Meinung des Autors, nicht notwendigerweise die des Instituts für Wirtschaftspolitik. Der Inhalt kann vollständig oder auszugsweise bei Erwähnung des Autors zu Publikationszwecken verwendet werden. Für weitere Informationen und Rückfragen zum Inhalt wenden Sie sich bitte direkt an den Autor.

Prof. Dr. Johann Eekhoff ist Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln.

Kontakt: Tel. 0221-470 5635 oder email: j.eekhoff@uni-koeln.de